

20. Oktober 2026

PRESSEMITTEILUNG

AGVP zu Bertelsmann-Studie: „Angehörige sind keine stille Reserve für fehlende Versorgung“

Die Bertelsmann-Studie zeigt: Mehr Pflege zu Hause würde dem Arbeitsmarkt dringend benötigte Arbeitskräfte entziehen, im Jahr 2045 könnten es rund 229.000 Vollzeitäquivalente sein. Das würde vor allem Frauen betreffen, denn rund drei Viertel des Verlusts entfallen auf sie. Für den Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) ist klar: Die Politik darf den wachsenden Pflegebedarf nicht weiter auf Familien verlagern.

Dazu erklärt AGVP-Präsident Thomas Greiner: „Mehr Angehörigenpflege bedeutet weniger Erwerbsarbeit – das muss den politisch Verantwortlichen klar gemacht werden. Deutschland kann nicht überall nach zusätzlichen Arbeitskräften suchen und gleichzeitig darauf bauen, dass Beschäftigte fehlende Pflege zu Hause auffangen.

Flexible Arbeitszeiten und betriebliche Unterstützung helfen. Aber sie ersetzen weder Pflegedienst noch Pflegeplatz. Ohne professionelle Entlastung steigt der Druck, Arbeitszeit zu reduzieren oder aus dem Beruf auszusteigen. Besonders häufig trifft das Frauen.

Wir dürfen Wirtschaftskraft und Gleichstellung nicht auf dem Altar gescheiterter Pflegepolitik opfern. Angehörige sind keine stille Reserve, um Versorgungslücken zu schließen. Professionelle Pflege ist Arbeitsmarktinfrastuktur. Das muss in die Arbeit der Strukturkommission einfließen.“

Hintergrund

Die Bertelsmann Stiftung untersucht in der [Studie „Informelle Pflege und Erwerbstätigkeit“](#) die pflegebedingten Erwerbsverluste bis 2045. Je nach Modellvariante schätzt sie den Verlust für 2045 auf rund 229.000 bis 327.000 Vollzeitäquivalente.

Für Presseanfragen kontaktieren Sie bitte: Andrea Renatus
Pressebüro Arbeitgeberverband Pflege (AGVP)

Telefon: +49 (0)30 67 80 63 710
Mail: presse@arbeitgeberverband-pflege.de
Webseite: www.arbeitgeberverband-pflege.de/

Der Arbeitgeberverband Pflege e.V. (AGVP) ist seit 2009 die politische, wirtschaftliche und tarifliche Interessensvertretung von 955 Mitgliedsunternehmen mit rund 80.000 Beschäftigten in der Altenpflege.

Als starkes Bündnis gestaltet der AGVP gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in der für fünf Jahre berufenen Pflegekommission die Arbeitsbedingungen und Löhne für die Altenpflege.